BMVI

Startschuss für E-Ladesäulen-Offensive

[15.02.2017] Das BMVI hat jetzt das Bundesprogramm Ladeinfrastruktur gestartet, nachdem es von der EU-Kommission genehmigt worden war. Ab März 2017 können Förderanträge gestellt werden.

Die EU-Kommission hat jetzt das 300-Millionen-Euro-Förderprogramm zum Aufbau der elektrischen Ladeinfrastruktur genehmigt. Wie das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) mitteilt, können private Investoren, Städte und Gemeinden ab März 2017 entsprechende Förderanträge stellen. Die Laufzeit des Programms ist bis 2020 ausgelegt. Ziel sei der Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur mit bundesweit 15.000 Ladesäulen. 200 Millionen stünden dabei für 5.000 Schnellladesäulen (S-LIS) und 100 Millionen für weitere 10.000 Normalladestationen (N-LIS) zur Verfügung.
Bundesminister Alexander Dobrindt (CSU) sagt: „Wir wollen der Elektromobilität zusätzliche Dynamik verleihen. Der Schlüssel dafür ist der Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur.“
Voraussetzung für die Förderung ist unter anderem, dass die Ladesäulen öffentlich zugänglich sind und mit Strom aus erneuerbaren Energien betrieben werden. Dabei umfasse die Förderung neben der Errichtung der Ladesäule auch den Netzanschluss und die Montage.
Laut dem BMVI ist das Bundesprogramm Ladeinfrastruktur Teil eines Maßnahmenpakets, mit dem das Ministerium den Aufbau der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge unterstützt. Hierzu zähle auch das E-Tankstellenprogramm auf Autobahnen sowie das Förderprogramm zur batterieelektrischen Elektromobilität, das mit weiteren 30 Millionen Euro pro Jahr ausgestattet ist, aber auch die Kfz -Steuer-Befreiung für E-Fahrzeuge, eigene E-Kennzeichen und Privilegien für Sonderfahrspuren und Parkplätze.

BDEW: Ladenetz entscheidend für Erfolg

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) begrüßt das Förderprogramm der Bundesregierung und rechnet mit einer regen Nachfrage durch Unternehmen. Stefan Kapferer, Vorsitzender der BDEW-Hauptgeschäftsführung, sagt:
„Der Förderaufruf ist die entscheidende Voraussetzung für einen schnellen und flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur in Deutschland. Ich bin überzeugt davon, dass viele unserer Mitgliedsunternehmen rasch Anträge stellen werden.“
Das BMVI habe mit dem Infrastrukturprogramm einer Forderung des BDEW entsprochen. So habe der Verband in den vergangenen Jahren immer wieder auf die fehlende Wirschaftlichkeit der öffentlichen Ladeinfrastruktur hingewiesen. Kapferer: „Um den Ausbau der Ladeinfrastruktur nachhaltig zu beschleunigen, sollte sehr schnell der zweite Aufruf folgen, da wir beim Ausbautempo deutlich zulegen müssen. Insgesamt liegt der Bedarf an öffentlicher Ladeinfrastruktur nach unseren Berechnungen bei 70.000 Normalladepunkten und 7.000 Schnellladepunkten bis zum Jahr 2020.“

(me)

Stichwörter: Elektromobilität, BDEW, BMVi, EU-Kommission